

Briefing

Parlamentswahlen im Kosovo

9. Februar 2025

Péter Tchet

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, IDM

48,8%
Wahlbeteiligung (2021)**27**
Antretende Listen**120**
Parlamentssitze

Wahlsystem

Nach dem Wahlgesetz des Kosovo bildet das südosteuropäische Land einen einzigen Wahlkreis. An den Wahlen können alle Staatsbürger*innen des Kosovo teilnehmen, die registriert sind und nicht von den Wahlen ausgeschlossen wurden – unabhängig davon, ob sie im In- oder Ausland leben. Die Parlamentswahl findet in einem einzigen Wahlgang statt. Dabei werden 100 Sitze nach dem Verhältniswahlrecht unter allen Parteien verteilt, während weitere 20 Sitze den nicht-albanischen Minderheitenparteien vorbehalten sind. Von den 20 für Minderheiten reservierten Sitzen entfallen 10 auf die serbische Minderheit. Die restlichen Sitze verteilen sich auf andere Minderheiten: je ein Sitz für die Roma, Aschkali, Ägypter*innen und Gorani, zwei Sitze für die türkische Minderheit sowie drei Sitze für die bosniakische Minderheit.

Das Wahlgesetz schreibt außerdem eine Geschlechterquote vor: Mindestens 30 Prozent der Kandidat*innen auf den Wahllisten müssen „vom anderen Geschlecht“ sein, was in der Praxis eine verpflichtende Frauenquote bedeutet.

Die Wähler*innen stimmen für eine Parteiliste, doch diese Listen sind nicht geschlossen, es ist nämlich möglich, zusätzlich bis zu fünf Präferenzen für Kandidat*innen auf der gewählten Liste anzugeben.

Werden mehr als fünf Kandidat*innen angekreuzt, wird die Stimme lediglich der Liste angerechnet.

Für die albanischen und nicht-albanischen Parteien, die um die 100 regulären Sitze konkurrieren, gilt eine Fünf-Prozent-Hürde. Diese Hürde findet jedoch keine Anwendung auf die 20 Minderheitensitze, die den ethnischen Gemeinschaften vorbehalten sind.

Ausgangslage

Kosovo erklärte 2008 seine Unabhängigkeit, doch wird der Staat völkerrechtlich nicht von allen EU-Mitgliedstaaten anerkannt. Das Land ist multiethnisch und mehrsprachig, und die Verfassung garantiert den Minderheiten, darunter der serbischen Minderheit mit einem Anteil von etwa acht Prozent, weitreichende Rechte, die auch bei den Parlamentswahlen berücksichtigt werden.

Die ersten Parlamentswahlen im unabhängigen Kosovo fanden 2010 statt. Die politische Landschaft war lange Zeit von zwei Parteien geprägt: der Demokratischen Liga des Kosovo (LDK), die vom „Staatsgründer“ Ibrahim Rugova gegründet wurde, und der Demokratischen Partei des Kosovo (PDK), die aus der ehemaligen Kosovarischen

Befreiungsarmee (UÇK) hervorging. Neben diesen Parteien spielten auch die linksnationalistische Protestpartei „Vetëvendosje“ („Selbstbestimmung“, VV) sowie die konservative Allianz für die Zukunft Kosovos (AAK) unter der Führung von Ramush Haradinaj eine wichtige Rolle.

Besonders die Partei „Vetëvendosje“, unter der Leitung von Albin Kurti, entwickelte sich zu einer linksnationalistischen Alternative. Sie versteht sich als sozialdemokratisch und setzte sich das Ziel, die weit verbreitete Korruption im Land effektiver zu bekämpfen sowie eine aktivere und dynamischere Strategie bei den EU-Beitrittsverhandlungen zu verfolgen – insbesondere in Bezug auf das konfliktbeladene Verhältnis zu Serbien. Außenpolitisch verfolgte „Vetëvendosje“ eine offensivere Linie gegenüber Serbien und den westlichen Mächten. Zudem befürwortete die Partei eine stärkere Annäherung an Albanien.

2019 gewann „Vetëvendosje“ erstmals die Parlamentswahlen, und Albin Kurti bildete eine Koalition mit der LDK. Damit entstand die erste Regierung seit der Unabhängigkeit, an der die PDK nicht beteiligt war. Doch Konflikte zwischen Kurti und dem damaligen Staatspräsidenten Hashim Thaçi von der PDK waren vorprogrammiert. Als Kurti angesichts der COVID-19-Pandemie Anfang 2020 den Notstand ausrufen wollte, stellte die Opposition gemeinsam mit Teilen der LDK einen Misstrauensantrag gegen ihn, der im März 2020 erfolgreich war. Es blieb zunächst verfassungsrechtlich unklar, ob Staatspräsident Thaçi eine*n Politiker*in einer anderen Partei mit der Regierungsbildung beauftragen durfte, da das Verfassungsgericht 2014 entschieden hatte, dass das Recht auf Regierungsbildung der stimmenstärksten Partei zusteht. Letztlich bestätigte das Verfassungsgericht jedoch Thaçis Entscheidung, Avdullah Hoti (LDK) als Premierminister vorzuschlagen. Doch die Wahl Hotis zum Ministerpräsidenten wurde später vom Verfassungsgericht als verfassungswidrig erklärt, weshalb Neuwahlen erforderlich wurden.

Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen 2021 erzielte die von „Vetëvendosje“ geführte Liste einen überwältigenden Sieg: Zum ersten Mal in der Geschichte des unabhängigen Kosovo konnte eine Partei die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen erreichen. Die zuvor dominierenden Parteien PDK und LDK erlitten bei dieser Wahl erhebliche Verluste. Kurti bildete eine Koalitionsregierung: Einerseits trat die „Vetëvendosje“ mit anderen Parteien zusammen an, die auch Teil der Regierung wurden; andererseits konnte die Serbische Liste, wegen des verfassungsrechtlich garantierten Minderheitenschutzes, ebenso Ministerposten in der Regierung bekleiden, auch wenn ihr Verhältnis zu Kurti äußerst angespannt ist.

Parlamentswahlen seit 2010

Partei	2010	2014	2017	2019	2021
PDK	32,1 %	30,4 %	33,7 % (zusammen mit AAK)	21,2 %	17,0 %
LDK	24,7 %	25,2 %	25,5 % (zusammen mit anderen Parteien)	24,5 %	12,7 %
VV	12,7 %	13,6 %	27,5 %	26,3 %	50,3 %
AAK	11,0 %	9,5 %	-	11,5 %	7,1 %
Premier nach den Wahlen	Hasim Thaçi (PDK)	Isa Mustafa (LDK)	Ramush Haradinaj (AAK)	Albin Kurti (VV)	Albin Kurti (VV)

Innen- und außenpolitische Herausforderungen

Das Verhältnis zu Serbien und zur serbischen Minderheit zählt zu den zentralen Herausforderungen des Kosovo, da es auch die möglichen Beitrittsverhandlungen mit der EU beeinflusst. Ministerpräsident Kurti lehnt jegliche Kompromisse ab, die die territoriale Integrität Kosovos gefährden könnten. Sein erklärtes Ziel ist es, die kosovarische Souveränität im mehrheitlich serbisch bewohnten Nordteil des Landes gegenüber den von Belgrad aus kontrollierten und finanzierten serbischen Strukturen, die *de facto* wie eine Parallelgesellschaft agieren, effektiver durchzusetzen. In diesem Zusammenhang wurde beispielsweise 2021 das Verbot serbischer Autoschilder im Kosovo eingeführt.

Auf Initiative der USA und der Europäischen Union traf sich Kurti ab Frühjahr 2023 mehrmals mit dem serbischen Staatspräsidenten Aleksandar Vučić in Brüssel. Die westlichen Mächte unterbreiteten einen Kompromissvorschlag: Serbien solle die Unabhängigkeit Kosovos nicht länger mit der Unterstützung der inner-kosovarischen Parallelstrukturen blockieren, ohne die Unabhängigkeit des Landes jedoch völkerrechtlich anerkennen zu müssen.

Im Gegenzug solle Kosovo der serbischen Minderheit, etwa in einem Verband der mehrheitlich serbisch bewohnten Gemeinden, weitgehende Autonomie gewähren. Kurti lehnte jedoch den Vorschlag ab, die territoriale Integrität Kosovos durch einen autonomen Verband serbischer Gemeinden infrage zu stellen.

In dieser angespannten Lage fanden die Kommunalwahlen im April 2023 statt. Der Großteil der serbischen Parteien boykottierte die Wahlen, was dazu führte, dass albanischstämmige Politiker*innen, wie etwa Erden Atiq von der „Vetëvendosje“ in Nord-Mitrovica, bei sehr niedriger Wahlbeteiligung zu Bürgermeister*innen gewählt wurden. In der Folge eskalierte die Lage im Norden des Landes. Im Mai 2023 wurden NATO-Soldat*innen von serbischen paramilitärischen Gruppen angegriffen und schwer verletzt. Im September 2023 griffen ähnliche Gruppen im Dorf Banjsa die kosovarische Polizei an, wobei ein kosovarischer Polizist getötet wurde. Im November 2024 kam es zu einem Angriff auf einen Wasserversorgungskanal.

In der internationalen Wahrnehmung wurde auch Ministerpräsident Kurti zunehmend für die Gewalteskalation und das Scheitern des Normalisierungsprozesses zwischen Pristina und Belgrad verantwortlich gemacht, weshalb die Europäische Union mehrere bilaterale Programme mit dem Kosovo einschränkte oder aufhob. Trotz dieser internationalen Kritik wird Kurtis härtere Strategie im Wahlkampf von den anderen albanischen Parteien nicht infrage gestellt.

Im Wahlkampf setzt Kurtis Partei „Vetëvendosje“ auf Themen wie nationale Souveränität, Antikorruption und soziale Reformen. Die PDK kritisiert hingegen die Regierung für mangelnde wirtschaftliche Fortschritte und verspricht einen stärker wirtschaftsorientierten Ansatz.

Gesellschaftspolitisch spielt auch die Frage, ob und wie gleichgeschlechtliche Ehen oder Partnerschaften verfassungs- und zivilrechtlich anerkannt werden sollen, eine Rolle im Wahlkampf. Obwohl die kosovarische Verfassung Diskriminierung aufgrund sexueller Identität verbietet und damit allen Bürger*innen das Recht auf Ehe und Familie garantiert – was bereits 2014 vom Präsidenten des Verfassungsgerichts bestätigt wurde –, konnte die Gesetzeslage bisher nicht entsprechend geändert werden. Kurti kündigte 2024 an, gleichgeschlechtliche Paare mit heterosexuellen Paaren rechtlich gleichzustellen, aber das Vorhaben scheiterte bislang am Widerstand des Parlaments. Unter den antretenden Parteien polemisierte vor allem die rechtspopulistische Liste „Für die Familien“ gegen die Rechte der LGBTIQ-Personen. Während PDK und LDK, beide gesellschaftspolitisch eher konservativ eingestellt, in dieser Frage keine einheitliche Position beziehen, unterstützt Kurti die Anliegen der LGBTIQ-Community und nahm 2024 auch an der Pride in Pristina teil.

Antretende Parteien und ihre Chancen

„Vetëvendosje“ tritt auch diesmal gemeinsam mit Partnerparteien wie der liberalen „Alternative“ und

der Partei „Guxo“ an, die 2021 von der amtierenden Staatspräsidentin Vjosa Osmani gegründet wurde. Die Parteien bilden eine gemeinsame Liste, die von Premierminister Albin Kurti angeführt wird.

Die Liste der oppositionellen PDK wird nicht vom Parteivorsitzenden geleitet, sondern vom Bürgermeister von Süd-Mitrovica, Bedri Hamza.

Die oppositionelle LDK geht in einer Koalition mit der Partei der albanischsprachigen christlichen Minderheit (PSHDK) ins Rennen. Gemeinsam nominieren sie den LDK-Vorsitzenden Lumir Abdixhiku als Kandidaten für das Amt des Premierministers.

Auch die Partei AAK von Ramush Haradinaj schloss sich mit weiteren Parteien wie der Sozialdemokratischen Initiative (Nisma) und der Konservativen Liste (LKK) zusammen. Diese Koalition tritt unter dem Namen „Allianz für ein Siegreiches Kosovo“ an.

Die rechtskonservative Neue Kosovarische Allianz (AKR) schloss sich mit der moderat islamistischen Gerechtigkeitspartei (PD), die sich an die Ideologie der türkischen AKP-Partei orientiert, zusammen. Diese Koalition tritt unter dem Namen „Für die Familien“ an und setzt sich insbesondere das Ziel, die LGBTIQ-Rechte, die die Kurti-Regierung stärken wollte, zurückzudrängen.

Die Serbische Liste (SL) wurde im Dezember 2024 zunächst wegen serbisch-nationalistischer Rhetorik von den Parlamentswahlen ausgeschlossen, aber die zweite Instanz hob die Entscheidung auf. Die größte Partei der serbischen Minderheit kann also doch antreten. Auch wenn diese Partei bei allen bisherigen Parlamentswahlen alle zehn der serbischen Minderheit vorbehaltenen Sitze gewinnen konnte, wird ihre Dominanz diesmal von Parteien wie etwa der „Serbischen Demokratie“ (SD) von Aleksander Arsenijević herausgefordert, welche auf eine Zukunft der serbischen Minderheit innerhalb eines demokratischen und multiethnischen Kosovo setzen.

Im Gegenteil zur Serbischen Liste lehnen sie einen einseitig Belgrad-treuen Kurs ab.

In den Umfragen führt die Liste von Albin Kurti mit 45 bis 47 Prozent. Dies könnte jedoch den Verlust der absoluten Mehrheit bedeuten. Aufgrund der verfassungsrechtlichen Verpflichtung, Minderheiten in die Regierung einzubinden, könnte Kurti dennoch im Amt bleiben, ohne Koalitionen mit anderen albanischsprachigen Oppositionsparteien eingehen zu müssen.

Von der Opposition hat die PDK die besten Chancen, zweitstärkste Kraft zu werden, jedoch nur mit einem Stimmenanteil von unter 20 Prozent, aber vor der anderen Oppositionspartei LDK. Die Koalition von Haradinaj dürfte erneut ins Parlament einziehen, während die rechtskonservative Koalition „Für die Familien“ laut Umfragen den Einzug verpassen könnte.

Wichtigste antretende Parteien

Parteien	Politische Orientierung	Listenanführer*in
Vetëvendosje	sozialdemokratisch, linksnationalistisch	Albin Kurti
Alternativa	liberal	Albin Kurti
Guxo	linksliberal	Albin Kurti
PDK	rechtsnationalistisch	Bedri Hamza
LDK	konservativ	Lumir Abdixhiku
PSHDK	christdemokratisch	Lumir Abdixhiku
AAK	rechtspopulistisch	Ramush Haradinaj
NISMA	sozialdemokratisch	Ramush Haradinaj
LKK	rechtskonservativ	Ramush Haradinaj
AKR	rechtspopulistisch, wirtschaftsliberal	Behgjet Pacolli
PD	rechtspopulistisch, moderat islamistisch	Behgjet Pacolli
SL	serbisch-nationalistisch, Belgrad-treu	Zlatan Elek
SD	serbisch-demokratisch, Belgrad-kritisch	Aleksandar Arsenijević

In the framework of a panel discussion series, the Institute for the Danube Region and Central Europe analyzes parliamentary elections in the countries of Central, Eastern and Southeastern Europe. The event is jointly organised with the Political Academy of the Austrian People's Party and the Karl-Renner-Institut.